

Osteuropa kompakt

Aktuelles aus Steuern und Wirtschaft

Ausgabe 77, Januar 2011

Aserbaidshan

Neue Pflichtversicherung

Das Gesetz zur Versicherungspflicht von Arbeitsunfällen und berufsbedingten Krankheiten ist am 3. Juli 2010 in Kraft getreten. Das aserbaidshanische Ministerkabinett hat bereits im Oktober und November 2010 Verordnungen (Nr. 192, 196 und 200) zur Umsetzung des Gesetzes erlassen.

Folgende Anforderungen stellt das Gesetz Arbeitgebern und Einzelunternehmern:

- Arbeitnehmer und vertraglich gebundene Freiberufler müssen gegen Arbeitsunfälle und berufsbedingte Krankheiten versichert sein; zu den Personen, die gegen Arbeitsunfähigkeit versichert sind, gehören auch Führungskräfte, Büroangestellte und technisches Personal;
- das Versicherungsunternehmen muss eine Lizenz innehaben;
- die Versicherungsbeiträge muss der Arbeitgeber voll tragen;
- ständige medizinische Vorsorgeuntersuchungen des Personals;
- Einzelunternehmer müssen sich selbst auch vor Arbeitsunfällen und berufsbedingten Krankheiten versichern.

Berechnung von Versicherungsbeiträgen

Versicherungsbeiträge sollen an die Versicherungsunternehmen zum Jahresbeginn als Einmal- oder Ratenzahlung getätigt werden. Die Beiträge werden als ein Vielfaches des Arbeitsentschädigungsfonds an Hand des gesetzlichen Sozialtarifs berechnet. Der Arbeitsentschädigungsfond wiederum berechnet sich aus dem Zwölffachen des monatlichen Gehalts, das auf einem Arbeits- oder zivilrechtlichen Vertrag beruht. Die Sozialtarife basieren auf den Risikoniveauberechnungen des Versicherungsunternehmens. So wird beispielsweise Facharbeitern einer Erdölraffinerie ein Risikoniveau von 14 mit dem Sozialtarif 0,5% ungeordnet. Für dieses Beispiel würde ein Pflichtversicherungsbeitrag von AZN 175 (ca. EUR 166) bei einem Jahresgehalt von AZN 35.000 (ca. EUR 33.160) gelten. Im Falle eines Unfalls entscheidet das Versicherungsunternehmen über die Auszahlung der Beiträge. Dabei soll sie auch den Grad der Arbeitsunfähigkeit, die aus dem Arbeitsunfall resultiert, berücksichtigen. Ein Unfall, der zum Tod oder zur Arbeitsunfähigkeit führt, fällt unter den Versicherungsschutz, wenn er am Arbeitsplatz geschieht oder von einer berufsbedingten Krankheit herrührt. Der Grad der Arbeitsunfähigkeit wird durch eine Expertenkommission des Sozialversicherungsfonds bestimmt. Die Regeln und Formeln, nach denen die Auszahlungen erfolgen, werden durch das Ministerkabinett bestimmt. Weitere Details über die neue Pflichtversicherung werden noch durch die zu ständige Abteilung des Finanzministeriums bekannt gegeben. Unklar ist noch, ob das Gesetz auch für Unternehmen gilt, die auf Grundlage eines "Production Sharing Agreements" bzw. "Host Government Agreements" besonders besteuert werden.

Kontakt vor Ort:

Vugar Aliyev, Telefon: +994 12 497 25 15

Estland

Änderungen des Umsatzsteuergesetzes

Am 25. November 2010 stimmte das estnische Parlament Änderungen des Umsatzsteuergesetzes, welches am 01. Januar 2011 in Kraft trat, zu. Die wichtigsten Änderungen können wie folgt zusammengefasst werden:

- Alle umsatzsteuerpflichtigen Personen, deren Umsatzerlöse 200.000 EUR nicht übersteigen, sind ab 01. Januar 2011 zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung berechtigt (bisher nur für umsatzsteuerangemeldete Einzelunternehmer erlaubt). Das bedeutet, dass die einheimische Lieferung generell nach Eingang der Zahlung der Kunden angemeldet wird und die Vorsteuer bei Bezahlung an den Lieferer abgezogen wird. Die Änderung basiert auf der Entscheidung 2009/1022 des Europäischen Rats vom 15. Dezember 2009, welche Estland ermächtigt, eine von der EU Umsatzsteuerrichtlinie (2006/112/EC - Artikel 167) abweichende Regelungen zu treffen;
- Zum Zwecke der Vermeidung von Umsatzsteuerbetrug wird die Versteuerung durch das Mittel des Übergangs der Steuerschuld auf die Lieferung von Schrott und Grundbesitz ausgeweitet. Dadurch wird die Umsatzsteuer durch den umsatzsteuerpflichtigen Käufer geschuldet und nicht durch den Lieferer. Bezüglich Grundbesitzes tritt der Übergang der Steuerschuld nur ein, wenn der Verkäufer für den Verkauf zur Umsatzsteuer optiert hat. Diese Änderung basiert auf Artikel 199 der EU Umsatzsteuerrichtlinie.
- Die Sonderregeln für grenzüberschreitende Lieferungen von Erdgas und Elektrizität durch das werden auf wärmende und kühlende Energie ausgeweitet. Diese Ergänzung wird die von der Ratsrichtlinie 2009/162/EC in die EU Umsatzsteuerrichtlinie eingeführten Änderungen in Kraft setzen.
- Seit dem 01. Januar 2011 müssen zusammenfassende Meldungen für Lieferungen und sonstige Leistungen monatlich eingereicht werden (bis Ende 2010 war es vierteljährlich).

Beiträge zur Arbeitslosenversicherung 2011

Am 4. November 2010 stimmte die Regierung den Beitragssätzen zur Arbeitslosenversicherung für Arbeitnehmer und -geber für das Jahr 2011 zu. Die Sätze werden im Vergleich zum Jahr 2010 gleich bleiben; 2,8 % für Arbeitnehmer und 1,4 % für Arbeitgeber.

Kontakt vor Ort:

Villi Töntson, Telefon: +372 6141 816

Lettland Wesentliche Änderungen des Umsatzsteuergesetzes 2011

Die neue Regierung und das Parlament waren in letzter Zeit sehr produktiv und haben ein Steuergesetz nach dem anderen abgeändert. In kurzer Zeit wurden zwei Änderungssätze des Umsatzsteuergesetzes, gültig seit 01. Januar 2011, angenommen. Dieser Artikel wirft einen Blick auf Änderungen, welche am 02. Dezember 2010 erlassen und am 16. Dezember 2010 verkündet wurden. Das Umsatzsteuergesetz wurde wie folgt abgeändert:

1. Der Begriff des Fiskalvertreters wurde eingeführt. Das Gesetz definiert jetzt einen Fiskalvertreter, legt den Ablauf der Registrierung bzw. Deregistrierung und das Besteuerungsverfahren fest sowie Zero-Rating, den Vorsteuerabzug sowie den Besteuerungszeitraum und definiert die Verantwortung des Fiskalvertreters resultierend aus erklärten Geschäftsvorfällen und der Vorlage aller unterstützender Dokumente.
2. Es gibt einen neuen Grenzwert von 35.000 Lats (ca. EUR 48.736,53) für die Umsatzsteuerregistrierungspflicht (vorheriger Wert: 10.000 Lats - ca. EUR 13.924,72).
3. Das Gesetz beinhaltet keine Bestimmungen des Besteuerungsverfahrens (Definition, Befreiungen und Anmeldung) bzgl. Geschäftsvorfällen, welche durch ausländische Hilfsfonds bezahlt werden, mehr.
4. Die Regelungen für den Ort der sonstigen Leistungen in den Bereichen Kultur, Kunst, Sport, Wissenschaft, Bildung, Unterhaltung u. ä. wurden durch die EU-Richtlinie 2008/8/EC, Artikel 3 angeglichen.

5. Abschnitt 6 des Umsatzsteuergesetzes befreit nun Güter und Waren, welche für Handelszwecke importiert werden (Post mit eingeschlossen), in einem Gesamtwert von bis zu EUR 10.
6. Abschnitt 13.4, welcher Umsatzsteuerzahlungen und Vorsteuerabzug per Einnahmen- und Ausgabenrechnung für kleine sowie landwirtschaftliche Unternehmen vorschreibt, bestimmt jetzt zu ergreifende Maßnahmen im Falle eines Wechsels vom besonderen zum allgemeinen Verfahren gemäß des Umsatzsteuergesetzes.
7. Es gibt ein neues Verfahren zur Anwendung des Zero-Rating für Güter, die später an einen Kunden in einem anderen Mitgliedstaat mit einer gültigen Umsatzsteueridentifikationsnummer geliefert werden.
8. Die Arten von Brennholz, welche zu einem ermäßigten Umsatzsteuersatz berechtigen beinhalten nun rundes Brennholz.
9. Eine Rechnung darf sich jetzt nicht mehr nur auf den relevanten Abschnitt der Paragraphen des Umsatzsteuergesetzes beziehen, sondern muss auch den Absatz oder den relevanten Abschnitt der Ratsrichtlinie 2006/112/EC vom 28. November 2006 über das allgemeine Umsatzsteuersystem nennen.
10. Die Anwendung des Zero-Rating für Lieferungen und sonstige Leistungen im Bereich der Luftfahrt wurde an die EU-Regeln angeglichen.
11. Es gibt zahlreiche Wortanpassungen etc.

Kontakt vor Ort:

Zlata Elksnina-Zascirinska, Telefon: +371 67 09-44 00

Polen Neue Regelungen zur Besteuerung von Arbeitnehmereigenbeteili- gungen

Am 01. Januar 2011 sind die veränderten Bestimmungen des polnischen Einkommensteuergesetzes bezüglich der Möglichkeit der Verlagerung des Besteuerungszeitpunktes für Einkünfte aus zu Vorzugskonditionen erworbenen Kapitalbeteiligungen aus Arbeitnehmerbeteiligungsplänen ("EEP") in Kraft getreten.

Bestehende Vorschriften und deren Anwendung

EEP sind eine weit verbreitete Methode, Arbeitnehmer zu vergüten. Diese Pläne ermöglichen den Arbeitnehmern Aktien vom direkten Arbeitgeber oder einem anderen Unternehmen innerhalb des Konzerns zu einem vergünstigten Preis oder gratis zu erwerben.

Aktuelle Steuerrechtbestimmungen geben einem die Möglichkeit, den Zeitpunkt der Versteuerung des geldwerten Vorteils aus dem Erwerb von Anteilen (zu einem niedrigeren Preis als dem Marktwert) bis zum Verkauf dieser Anteile hinauszuschieben, falls:

1. die auf den Arbeitnehmer übertragenen Anteile neu ausgegeben werden (d. h. nicht auf dem Markt gekauft wurden) und die Arbeitnehmer berechtigt sind, die Aktien basierend auf einem Beschluss der Hauptversammlung des ausgebenden Unternehmens zu erwerben oder
2. die Arbeitnehmer die Anteile von einer juristischen Person erwerben, welche sie mit dem alleinigen Zweck der Übertragung auf Arbeitnehmer laut einem Beschluss der Hauptversammlung des ausgebenden Unternehmens erhielt.

In der Praxis wurde die Verlagerung des Besteuerungszeitpunktes oftmals von Angestellten, die neu ausgegebene Anteile an polnischen sowie ausländischen Firmen erworben haben, angewandt.

Kontakt vor Ort:

Malgorzata Jablonska, Telefon: +48 71 356 11 95

Tomasz Wolczek, Telefon: +48 71 356 11 82

Rumänien Änderungen der Ertragsteuererklärung

Die rumänischen Steuerbehörden haben Änderungen hinsichtlich des Entwurfs und den dazugehörigen Ausfüllhilfen der Ertragssteuererklärung - Vordruck 101 - für das Steuerjahr 2010 erlassen. Gemäß der Änderungen

- müssen Unternehmen, die bis zum 30. September 2010 eine Mindeststeuer gezahlt haben, zwei unterschiedliche Ertragssteuererklärungen für beide Abrechnungszeiträume 2010 einreichen,
- wird der zusätzliche Steuerabzug von 20 % für Forschungs- und Entwicklungskosten in einer eigenen Zeile der Steuererklärung ausgewiesen,
- werden Steuerbefreiungen ebenfalls einzeln in der Steuererklärung vermerkt, abhängig von der Art der Befreiung,
- werden die Angaben zur Ertragssteuer nicht mehr getrennt nach Art des Unternehmens (Bank, Gesellschaft) erklärt,
- werden Steuern für Erträge durch Unternehmungen, welche Bars, Nachtclubs, Discotheken und Casinos oder Sportwetten einschließen, und entsprechend Steuern für Erträge aus anderen Unternehmungen gesondert in der Steuererklärung ausgewiesen.

Mit Beginn 2011 werden Zins- und Lizenzzahlungen zwischen verbundenen EU-Unternehmen eventuell von der Quellensteuer befreit

Am 01. Januar 2011 endete der Übergangszeitraum zur Umsetzung der EU Zins- und Lizenzrichtlinie. Deshalb werden aus Rumänien stammende Zins- und Lizenzzahlungen eines verbundenen Unternehmens, das in der Europäischen Union oder der EFTA ansässig ist, von der Quellensteuer befreit, vorausgesetzt gewisse Bestimmungen werden erfüllt, z. B.

- mindestens 25 % der Anteile sind in direktem Besitz (d. h. ein Unternehmen hält mindestens 25 % der Anteile des anderen Unternehmens oder ein drittes Unternehmen hält mehr als 25 % der Anteile der beiden Unternehmen, welche an den Zins- und Lizenzzahlungen beteiligt sind);
- die Mindestdauer des Beteiligungsbesitzes von zwei Jahren war zu dem Zeitpunkt der Zins- und Lizenzzahlungen abgelaufen;
- das Unternehmen, welches die Zins- und Lizenzzahlungen erhält, muss wirtschaftlicher Eigentümer dieser Zahlungen sein.

Kontakt vor Ort:

Alex Massaci, Telefon: +40 21 202-8658

Russland Null-Umsatzsteuersatz für Transportleistungen

Laut der Rossiyskaya Gazeta, in welcher das Gesetz am 29. November 2010 offiziell veröffentlicht wurde, gelten die neuen Regelungen seit 1. Januar 2011. Wie man den Umsatzsteuersatz in Höhe von 0 % auf Im- und Exporte von Transportdienstleistungen anwenden soll, ist momentan sowohl bei Transportunternehmen als auch bei Im- und Exporteuren ein wichtiges Thema. Die dargestellten Gesetzesänderungen verändern die Regeln über die Anwendung des Null-Umsatzsteuersatzes auf die Beförderung von Gegenständen.

Das Gesetz hebt die alte Formulierung des Artikels 164.1.2 des Russischen Steuergesetzbuches (SteuerGB RF) auf und führt zwei neue Unterparagraphen (21-28) zum Artikel 164.1 ein; die erklären in welcher Art und Weise der Null-Umsatzsteuersatz auf Warentransportdienste und eine Reihe weiterer Dienstleistungen angewandt werden soll. Unter der neuen Formulierung befindet sich eine abschließende Liste von Dienstleistungen, die unter den Null-Umsatzsteuersatz fallen. Der Großteil der genannten Dienste kann in folgende Gruppen unterteilt werden:

- Internationale Warentransportdienste (Unterparagraph 21), welche Versendungen mit jeglicher Art des Transports abdecken, vorausgesetzt, dass entweder der Versandort oder das Ziel der Waren außerhalb Russlands liegt.

- Transporte durch Speditionen (Unterparagraph 2¹). Die neue Formulierung gibt im Wesentlichen eine Definition für Transporte durch Speditionen mit dem Ziel der Anwendung des Null-Umsatzsteuersatzes. Der relevante Unterparagraph enthält eine Liste von Leistungsarten, die unter den Begriff "Transporte durch Speditionen" fallen.

Diese Liste beinhaltet z. B. das Empfangen und Versenden von Fracht, das Be- und Entladen sowie Lagerhaltung und die Frachtversicherungsdienste. Gemäß der neuen Bestimmung darf der Null-Umsatzsteuersatz nur auf Speditionsdienste angewandt werden, falls die Dienste auf einem Speditionsvertrag basieren. Die Einführung einer "Definition" von Speditionsdiensten wirft eine Vielzahl an Fragen auf. Kann z. B. die Bestimmung für nur eine oder einzelne Leistungsarten, die in der Liste genannt sind (wie z. B. die Verzollung von Fracht, die Instandhaltung oder Reparatur von Containern), als Speditionsdienst betrachtet werden? Oder welches Minimum an entsprechenden Leistungen ist erforderlich, damit der Begriff "Speditionsdienstleistungen" als erfüllt angesehen werden kann?

- Transportdienstleistungen sowie Dienstleistungen in Verbindung mit Öl, Ölprodukten, Erdgas und Energieübertragung (Unterparagraphen 2²-2⁴). Für diese Art von Leistungen sieht das Gesetz eine spezielle Regelung zur Anwendung des Null-Umsatzsteuersatzes vor.
- Dienstleistungen, welche an Flüssen oder Häfen bereitgestellt werden sowie die Umladung oder Lagerung von Waren, welche an diesen Häfen über die russische Grenze gebracht wurden (Unterparagraph 2⁵). Zu dieser Gruppe von Diensten wurden im Besonderen die Dienste für die Lagerung von Gütern hinzugefügt.

Verrechnung von Verlusten durch treuhänderisch verwaltetes Vermögen

Das Russische Gesetz Nr. 229-FZ vom 27. Juli 2010 änderte Artikel 276 SteuerGB RF bezüglich einer neuen Methode der steuerlichen Bilanzierung für Verluste durch flexiblen Investmenttrust. Dieses Gesetz trat am 01. Januar 2011 in Kraft. Die Bestimmungen, dass Verluste durch flexiblen Investmenttrust nicht von den Steuergewinnen Begünstigter absetzbar sind, wurden von Paragraph 4 in den Paragraphen 4.1 des Artikels 276 SteuerGB übertragen. Die scheinbar unbedeutende formale Änderung kann wesentliche Auswirkungen haben. Beschränkungen der Absetzbarkeit von Verlusten durch Vermögen aus Investmenttrusts könnten nun auf solche Situationen zutreffen, in denen der Gründer des Trusts und der Begünstigte des Investmenttrusts ein und dieselbe Rechtsperson sind. In diesem Fall könnte die Änderung des Gesetzes einen negativen Einfluss auf die finanzielle Position solcher Unternehmen haben, die Trusts für ihre finanziellen Investitionen nutzen, z. B. Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen, die, von fachkundigen Wertpapierinhabern geleitet, ihre Anteile in sichere, finanzielle Investitionen stecken.

Vermögens- und Grundsteuer aus Investitionsfondvermögen

Hinsichtlich der Besteuerung von Vermögen und Grundstücken, die einen Investitionsfond bilden, änderte das Russische Gesetz Nr. 308-FZ vom 27. November 2010 das SteuerGB RF. Das Gesetz sieht vor, dass die Investmentgesellschaft in Bezug auf einen Investmentfond durch Vermögen und Grundstücke der Steuerpflichtige ist. Die Steuer soll aus dem Vermögen des Investmentfonds gezahlt werden. Diese Änderung trat am 01. Januar 2011 in Kraft und wird Einfluss auf die Rentabilität von Unternehmen haben, welche Investmentfonds nutzen.

Kontakt in Deutschland:

Tanja Galander, Telefon: +49 30 2636-5483

Daniel Kast, Telefon: +49 30 2636-5252

Stanislav Rogojine, Telefon: +49 30 2636-5207

Serbien Versteuerung von hochwertigem Grundbesitz

Es wird erwartet, dass höhere Besteuerung von Grundbesitz durch Veränderungen bezüglich der Bestimmung des Marktwerts und einer Reduzierung von Abschreibungen sowie durch die Ablösung der großzügigen Steuerermäßigungen für selbstgenutzten Grundbesitz (40 % für den Eigentümer und 10 % für jedes Familienmitglied) durch feste Nennbeträge erreicht wird. Das würde zu einem deutlichen Anstieg der Steuerlast bezüglich hochwertigem Grundbesitz in bester Stadtlage führen.

Kontakt vor Ort:

Mirko Kovac, Telefon: +381 11 3302 154

Ungarn Sozialversicherungs- und Gesundheitsbeitrag

Ab 2011 wird die Höhe des Rentenversicherungsbeitrages von 9,5 % auf 10 % erhöht. Der private Gesundheitsbeitrag (7,5 %) und der Sozialversicherungsbeitrag der Arbeitgeber (27 %) ändern sich nicht. Die Höchstgrenze des Rentenversicherungsbeitrages der Arbeitnehmer liegt bei 7.665.000 HUF - ca. EUR 27.836,20 (d. h. bei 21.000 HUF pro Tag - ca. EUR 76,26), aber im Gegensatz zum Gesetzesvorschlag gibt es keine Obergrenze beim Sozialversicherungsbeitrag seitens des Arbeitgebers. Die Höhe des Gesundheitsbeitrags wird auf 5.100 HUF (ca. EUR 18,52) pro Monat angehoben.

Die Grundlage der Beiträge bildet ab 2011 der tatsächlich bezahlte Lohn, aber mindestens das Minimalgehalt des konkreten Monats (erwartet werden 76.800 HUF - ca. EUR 278,91). Die Beitragszahlungspflicht mit dem Zweifachen des Minimalgehaltes und die Beitragszahlungsregel („TEJEKE“ – charakteristische Einkunft der Tätigkeit) bei Unternehmereigenschaft als Haupttätigkeit erlischt. Danach ist die minimale Beitragszahlungsgrundlage das einfache Minimalgehalt, bzw. bei einer Tätigkeit als Einzelunternehmer, die mindestens eine mittlere Stufe der Schulbildung bedarf, die Höhe des garantierten Lohnminimums. Auf die Dividende eines Wertpapiers, welches an einer Börse gehandelt wird, die vom Gesetz über die Kapitalmärkte als anerkannter Kapitalmarkt eines EWG – Staates geführt wird, wird der Gesundheitsbeitrag von 14 % nicht erhoben. Nach den bisherigen Regelungen sind Drittländer bei Dienstfahrten, Entsendung- und Arbeitskräfteverleih von der Beitragszahlungspflicht in Ungarn befreit. Ab 2012 kann diese Befreiung nur dann berücksichtigt werden, wenn die Arbeitstätigkeit in Ungarn 2 Jahre nicht übersteigt. Das bedeutet, wenn die Dauer der Arbeitstätigkeit in Ungarn 2 Jahre übersteigt, kann eine Beitragszahlungspflicht erst in 2014 eintreten.

Ab 2011 kann der ausländische Arbeitgeber auch direkt seiner Versicherungsbeitragszahlungspflicht gegenüber seinem in Ungarn versicherten Arbeitnehmer nachkommen, und somit entsteht seinerseits eine Meldepflicht gegenüber der Steuerbehörde.

Die Modifizierung konkretisiert den Beginn der Versicherungszeit. Die Versicherung entsteht nur dann, wenn der Arbeitnehmer die Arbeit auch tatsächlich aufnimmt (zur Zeit gilt hier der Tag nach Abschluss des Arbeitsvertrages als Beginn der Versicherungszeit).

Kontakt vor Ort:

Gabriella Erdős, Telefon: +36 1 461 9130

Azerbaidjan New Compulsory Insurance Coverage

The Law on “Compulsory Insurance from Accidents and Occupational Diseases in Industries” came into effect on 3 July 2010. The Cabinet of Ministers of Azerbaijan released a number of decrees (# 192, 196, and 200) in October and November 2010 for the implementation of this Law.

The Law requires employers and private entrepreneurs to:

- insure their employees and freelance contractors from accidents and occupational diseases at working places; Individuals to be insured from

labor disability also include management and office personnel along with technical staff;

- provide insurance coverage through a licensed insurance company;
- pay insurance contributions to insurance companies at own cost;
- provide an initial and periodic medical check-up for the personnel;
- private entrepreneurs to insure self from accidents and occupational diseases.

Calculating insurance contributions

Insurance premiums shall be paid to insuring companies at the beginning of the compulsory insurance contractual year as a one-off fee or in installments. Premiums will be calculated as a multiplication of labor compensation fund for the year by a “statutory social tariff”. Annual labor compensation fund is a multiplication of monthly salary indicated in employment (or civil) contracts by 12. Social tariffs are determined based on the risk level of activities of the insurers. For example, for a producer of petroleum, the level of risk is equal to 14, and the social tariff for the risk level of 14 is set at 0.5% for “specialists”. Consequently, for example, compulsory insurance contribution for an engineer earning gross AZN 35,000 per year will be AZN 175.

The compulsory insurance allowances are given in case of an insurance accident upon decision of the insuring company, taking into account the level of labor disability. Insurance accidents are defined as events which are the basis for receiving an insurance allowance due to labor disability or death resulting from accidents at the working place or a labor disease. The level of labor disability for each case is identified by the Medical Social Expert Commission of the Social Insurance Fund. Allowances are calculated based on the rules and formulas determined by the Cabinet of Ministers.

PwC has learned from the Department of Control over State Insurance within the Ministry of Finance that the Ministry is planning to issue further guidance for more details for this compulsory insurance.

The Law remains silent whether these rules apply to businesses operating under PSA or HGA regime.

Estonia Amendments in the VAT Act

On 25 November 2010, the Estonian Parliament approved amendments to the VAT Act. The amendments will enter into force as of 1 January 2011. The most significant changes can be summarized as follows:

- All VAT liable persons, whose turnover does not exceed EUR 200 000 would be entitled to use cash basis VAT accounting as of 1 January 2011 (currently cash basis accounting is only allowed for VAT registered sole proprietors). This means that the local supply is generally declared upon receipt of the payment from the customers and input VAT is deducted when the payment is made to the supplier. The amendment is based on the decision 2009/1022 of the Council of the European Union from 15 December 2009 that authorizes Estonia to apply a measure derogating from Article 167 of EU VAT Directive (2006/112/EC);
- For the purposes of avoidance of VAT evasion, the taxation by using the reverse charge mechanism is extended to the supply of waste metal and real estate. According to the special taxation regime, the VAT is accounted by the VAT liable purchaser and not by the supplier. For real estate, the reverse charge only applies when the seller has opted for taxation of real estate. This amendment is based on the article 199 of the EU VAT Directive;
- Special taxation scheme applicable to a cross-border supply of natural gas and electricity via network will be extended to the heating and cooling energy. This amendment will implement the changes introduced to the EU VAT Directive 2006/112/EC by the Council Directive 2009/162/EC;

- From 1 January 2011, EC Sales Listing for goods and services are to be filed on a monthly basis (until the end of 2010, on a quarterly basis).

Unemployment insurance contributions for 2011

On 4 November 2010, the Government approved the unemployment insurance contribution rates for employers and employees applicable in 2011. The rates will remain the same as in 2010 and are 2.8% for employees and 1.4% for employers.

Hungary Social security contributions and healthcare tax

From 2011, the employee's pension contribution rate will increase from 9.5 % to 10 %. The rate of employee's healthcare tax (7.5 %) and employer's social security contribution (27 %) will remain the same. The employee's pension contribution base will be capped at HUF 7,665,00 per year (EUR 27,836,20), i.e. HUF 21,000 per day (EUR 76,26), but, contrary to the proposal, there will be no upper limit for the employer's social contributions. The monthly health-care service contribution will increase to HUF 5,100 (EUR 18,52).

From 2011, the contribution base will be the employee's wages actually paid, but not less than the minimum wage for the month concerned (expected to be HUF 76,800 - EUR 278,91).

Contribution payment liabilities in respect of income that does not exceed twice the minimum wage and typical incomes specified for the different types of activities that full-time entrepreneurs pursue will be repealed. The minimum contribution base will be the minimum wage or, for activities that require a secondary school certificate, the guaranteed minimum wage.

Dividends from securities listed on a recognized stock exchange in an EEA Member State will not be subject to the 14 % healthcare tax.

Under the current regulations, third-country citizens are exempt from paying contributions in the case of assignment, secondment or staff leasing in Hungary. From 2012, the exemption will only apply if the period of work carried out in Hungary is no longer than two years, the contribution payment obligation will first arise in 2014.

From 2011, foreign employers will be able to directly pay contributions on employees insured in Hungary, and they will have to register with the Tax Authority. The amendment clarifies the commencement of social security insurance coverage. Insurance coverage will only commence when the employee actually starts work (currently, it commences on the day following the date the employment contract is concluded).

Latvia Essential amendments to VAT law effective from 2011

The new government and Parliament have been very productive recently, amending tax laws one after another. Over a short period of time, two sets of amendments to the VAT Act have been adopted with effect from 1 January 2011. This article takes a look at amendments that were passed on 2 December and announced on 16 December this year.

The VAT Act has been amended as follows:

1. The concept of fiscal representative has been introduced. The law now defines a fiscal representative, lays down the procedure for their VAT registration and deregistration, prescribes the VAT treatment – zero-rating, input tax deduction and tax period, and defines their responsibility for VAT obligations resulting from transactions they represent and for presenting all supporting documents.
2. There is a new threshold of 35.000 lats (EUR 48,736,53) for VAT registration (up from 10.000 lats - EUR 13,924,72 so far).
3. The law no longer contains provisions governing the VAT treatment (definition, exemptions and registration) of transactions paid for out of foreign financial aid funds.

4. The place-of-supply rules for culture, art, sport, science, education, entertainment and similar services have been brought into line with Directive 2008/8/EC, Article 3.
5. Section 6 of the VAT Act now exempts goods and consignments totalling up to EUR 10 that are imported (including by post) for commercial purposes.
6. Section 13.4, which prescribes VAT payment and input tax deduction on a cash basis for small and agricultural companies, now determines steps to take when changing from the special to the general procedure pursuant to the VAT Act.
7. There is an updated procedure for applying a zero-rating to imported goods that are later supplied to a customer in another member state under a valid VAT registration number.
8. The types of firewood that qualify for a reduced rate of VAT now include round firewood.
9. A tax invoice must now refer to not only the relevant section but also subsection and paragraph of the VAT Act, or to the relevant clause of Council Directive 2006/112/EC of 28 November 2006 on the common VAT system.
10. The application of a zero-rating to supplies of goods and services to aircraft has been brought into line with the VAT Directive.
11. There are a number of wording adjustments etc.

Poland

New rules for taxation of Employee Equity Plans

As of 1 January 2011 the amended provisions of the Polish Personal Income Tax Act concerning the possibility of tax deferral on income from the preferential acquisition of shares under Employee Equity Plans (“EEP”) will come into force.

Existing regulations and practice

EEP are a widely used method of remunerating employees. Under such plans, employees can acquire shares at a preferential price or free of charge, directly from their employer or from another company in the group.

Existing tax law provisions give the possibility to defer the moment of taxation of income from the acquisition of the shares (at a price lower than market value) to the sale of these shares, if:

1. the shares transferred to employees are the newly issued shares (i.e. were not bought on the market) and the employees are entitled to acquire the shares based on a resolution of a general meeting of shareholders of the issuing company, or
2. employees acquire the shares from a legal entity which obtained them for the sole purpose of transferring ownership to employees based on a resolution of a general meeting of shareholders of the issuing company.

In practice, the tax deferral was applied in many cases by employees acquiring newly issued shares in both Polish and foreign companies.

Romania

Amendments to profit tax return

Amendments to profit tax return

The National Agency for Fiscal Administration (ANAF) has issued amendments to the draft template and related filling instructions for the profit tax return - form 101 – for FY 2010.

According to the amendments:

- Corporate taxpayers that previously paid minimum tax until September 30th 2010 are to submit two distinct profit tax returns for the two fiscal periods of 2010.

- The 20% additional tax deduction allowed for research and development costs will be reported on a distinct row of the tax return.
- Corporate tax exemptions will also be separately reported in the tax return, depending on the exemption type.
- The data for profit tax is no longer reported distinctively according to the type of corporate taxpayer (i.e. bank, company).
- The tax on profit derived from activities involving bars, night clubs, discotheques and casinos or sporting bets and respectively the tax on profit from other activities will be reported separately in the return.

Starting 2011, interest and royalties payments between associated EU companies may be exempt from withholding tax

Starting 1 January 2011, the transitional period for implementation of the EU Interest and Royalties Directive ends. As such, Romania-sourced interest and royalty payments of an associated company, resident in a EU or EFTA member state, will be exempt from withholding tax, provided certain conditions are met, e.g.:

- 25 % minimum direct holding of the share capital (i.e. one company holds minimum 25 % of the share capital in the other company or a third company holds more than 25 % of the share capital in both companies involved in the payment of interest and royalties);
- the minimum holding period of two years lapsed until the date when the interest or royalty payments are made;
- the company receiving the interest or royalties payment must be the beneficial owner of these payments.

Russia

New law to change how zero VAT rate is applied to transportation services

The Law was officially published in Rossiyskaya Gazeta on 29 November 2010, after which the new rules will take effect from 1 January 2011.

How to apply zero VAT rate to import / export transportation services is currently a pressing issue for both transportation companies and importers / exporters. The amendments contained in the Law significantly change how the application of zero VAT rate to goods transport services is regulated.

The Law cancels the old wording of Article 164.1.2 of the Russian Tax Code (RTC) and introduces two new sub-paragraphs (21-28) to RTC Article 164.1, which establish how zero VAT rate should be applied to goods transportation services and a range of other services. Under the new wording, there is a closed list of services that are subject to zero VAT rate. Most of the services named in the list can be grouped as follows:

- International goods transportation services (sub-paragraph 21), which covers shipments made by all means of transportation provided that either the point of dispatch or the destination of the goods is located outside of Russia.
- Freight-forwarding services (subparagraph 2¹). In essence, the new wording gives a definition of freights-forwarding services for the purposes of applying zero VAT rate since the relevant sub-paragraph includes a list of types of activities that come under freight-forwarding services.

For example, this list includes receiving and delivering freight, loading-unloading and warehousing services, and freight insurance services. According to the new provision the zero VAT rate can be applied to freight-forwarding services only if the services are being provided under a freight-forwarding contract. The introduction of a "definition" of freight-forwarding services prompts a number of different questions. For example, can the provision of only one or several of the types of activities named in the list (e.g. customs clearance of freight, servicing and repairing containers) be considered as freight-forwarding services? Or what is the minimum list of activities necessary for them to be considered as freight-forwarding services?

- Transport and certain related services for oil, oil products, natural gas and electrical power transmission (sub-paragraphs 2²-2⁴). For these types of services, the Law provides special rules for applying zero VAT rate.
- Services provided at river and sea ports, as well as the trans-shipment and storage of goods brought across the Russian border at such ports (sub-paragraph 2⁵). To this category of services has been added, in particular, services for the storage of goods.

Accounting for losses from use of assets held in trust

Federal Law No. 229-FZ of 27 July 2010 amended Article 276 of the Russian Tax Code (RTC) to change the method of tax accounting for losses incurred under trust management.

The Law comes into effect from 1 January 2011. The provisions stating that losses incurred under trust management are not deductible for profits tax purposes by beneficiary have been transferred from paragraph 4 to paragraph 4.1 of RTC Article 276.

This seemingly insignificant technical change may have the following significant implications. Restriction on deduction losses on assets under trust management may now apply to those situation where the settlor (trustor) and beneficiary of the trust management are one and the same entity. In this case, the change in the law may have a negative impact on the financial position of those companies that use trusts for their financial investments, for example insurance companies and pension funds that transfer their holdings in financial investments to trusts managed by professional securities market participants.

Property tax and land tax on mutual fund assets

Federal Law No. 308-FZ of 27 November 2010 amends the RTC as regards the taxation of property and land plots that constitute a mutual fund. The Law stipulates that the management company shall be the taxpayer with respect to property and land plots constituting a mutual fund. The tax is to be paid out of the mutual fund's assets. This change will have an impact on the profitability of businesses that use mutual funds. The change comes in to effect from 1 January 2011.

Serbia Taxation of high value real estate

It is expected that heavier taxation of real estate will be achieved through changes in methodology of determination of market value of property and decrease of tax base for depreciation, and replacement of generous percentage tax credit for property occupied by owners (40 % for the owner and 10 % for each family member) with fixed nominal amounts. This should result in significant increase of tax burden on high values real estate on prime city locations.

Ansprechpartner für die Region Mittel- und Ost- europa

Daniel Kast
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Tel.: +49 (30) 26 36-52 52
daniel.kast@de.pwc.com

Monika Diekert
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Tel.: +49 (30) 26 36-52 25
diekert.monika@de.pwc.com

Stanislav Rogojine
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Tel.: +49 (30) 26 36-5207
stanislav.rogojine@de.pwc.com

Tanja Galander
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Tel.: +49 (30) 2636-54 83
tanja.galander@de.pwc.com

Abonnement

Wenn Sie unseren Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie bitte eine Email an Cornelia Herwig: cornelia.herwig@de.pwc.com